

Britannien hat sich mit Europa arrangiert . . .

. . . und in Deutschland hat nach Maastricht die Debatte gerade erst begonnen

Britannien hat sich mit Europa arrangiert...
. . . und in Deutschland hat nach Maastricht die Debatte gerade erst begonnen

Von Josef Joffe

Cambridge, 29. März - Der Kampf um Downing Street - am 9. April wird er entschieden sein - ist diesmal ein besonders blasser Abklatsch früherer Wahlschlachten. Nicht um 'Freiheit gegen Sozialismus' geht es mehr, auch nicht um Atomraketen oder um Europa; das war gestern und vorgestern. So könnte dieser Kurzkrieg als erster 'postmoderner' Wahlkampf in die europäische Geschichte der neunziger Jahre eingehen: Die Themen sind eher beliebig, die Gewichte eher eklektisch verteilt. Mal erregt die Gesundheitsreform die Gemüter, mal das Konjunkturprogramm von Labour, die in den Umfragen knapp, aber wacklig vorn liegt.

Deshalb möge man sich am besten an Ladbroke's halten, das größte Wettbüro des Landes. Zehn zu eins lautet hier die Gewinnchance, so sich einer darauf zu setzen traut, daß entweder die Tories oder Labourites die Regierungsmehrheit erobern. Was heißt, daß CON oder LAB allenfalls eine Pluralität der Sitze abschleppen könnte und jede der beiden Großparteien eine Koalition mit den Liberalen eingehen müßte. Freilich: Noch ist ein Viertel des Wahlvolkes unentschieden, was am 9. April für eine kräftige Überraschung sorgen könnte.

Der Seelenlage der Nation entsprach auch das Gebaren jener Briten - Politiker, Publi-

sten und Beamten -, die auf der 42. Königswinter-Tagung im St. Catherine's College zu Cambridge mit ihren deutschen Pendanten zusammentrafen. Vergessen und verblaßt waren die heißen Debatten, die sich einst - mal in Königswinter, mal in Cambridge - um die klassischen Themen wie Europa und Entspannung, Deutschland- und Rüstungspolitik rankten. Die Engländer haben, zumal nach dem Abgang der Mrs. T., Europa 'geschluckt'; man hat sich, wie so oft in der Geschichte Britanniens, mit einem Trend arrangiert, so dieser als unumkehrbar registriert worden ist.

Dafür hat in der Bundesrepublik die Europa-Debatte gerade erst begonnen. Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe 'Die Europäische Union nach Maastricht' stellte denn auch amüsiert fest: 'Auf meiner Rednerliste stehen 13 Deutsche, aber nur sieben Briten.' Den Grund für die geschärfte Aufmerksamkeit erklärte eine deutsche Sozialdemokratin so: In Maastricht habe sich 'Quantität in Qualität' verkehrt; nun gehe es ans Eingemachte, also an die 'Souveränitätsrechte der einzelnen Nationen' (was unter den Briten nicht nur Frau Thatcher aufgeregt hatte). Daß mit dieser richtigen Diagnose ein kaum verhüllter deutscher Führungsanspruch verbunden war, ließ die Briten merkwürdig kalt. Ob sie vermuten, daß mit der unweigerlichen Erweiterung der EG - erst durch die EFTA-Länder, dann durch Polen, Ungarn usw. - der gemeinsame Wille so verwässert wird, daß die Politische Union auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben wird?

Auch bei der Währungsunion sind die Briten inzwischen gelassener geworden - womöglich, weil sie bei der Lektüre der deutschen Presse genüßlich vermerken, daß 'unsere harte D-Mark' nicht nur in bayerischen Zirkeln die Gemüter beschäftigt. Die Währungsunion, so ein britischer Abgeordneter, setze 'Konvergenz' bei den entscheidenden Wirtschaftsdaten der Mitglieder voraus, aber das sei 'sehr schwierig'. Beweis: Das reiche England und das arme Schottland, obwohl seit mehr als 200 Jahren in einer 'Währungsunion' verbunden, hätten diese 'Konvergenz' noch immer nicht geschafft, und 'jetzt wollen die Schotten raus'. Ergo dürfte auch der Weg zur Politischen Union sehr steil werden.

Auf jeden Fall aber, so ein anderer Brite, gehöre die künftige Euro-Zentralbank nach London, weil es eben der größte und effizienteste Finanzplatz Europas sei. Nein, erwiderte ein deutscher Banker, Frankfurt müsse es sein, weil dieser Ort die 'größte Wirtschaftskraft' repräsentiere. Ob die Deutschen aber ihren Führungsanspruch werden verwirklichen können? Angesichts der Kosten der Einheit war auch in Cambridge die Katerstimmung mit Händen zu greifen, die Furcht mithin, daß die Last den deutschen Wirtschaftsriesen in die Knie zwingen könnte. Ein prominenter Sozialdemokrat drückte es elegisch so aus: 'Deutschland zahlt heute die Schulden für die Schuld am Zweiten Weltkrieg.'